

SYRIEN

Eine klare Botschaft an Assad

Die Nato will keinen neuen Krieg im Nahen Osten. Aber sie muss im Fall Syrien eine klare Grenze des Erträglichen definieren: Das Regime muss aufhören, die Bevölkerung zu massakrieren.

Volker Perthes

Der Aufstand gegen das Regime von Bashar el Assad in Syrien hält seit mehr als einem halben Jahr an. Dies, und nicht die Tatsache, dass die Menschen die diktatorische Herrschaft abschütteln wollen, ist die eigentlich überraschende Nachricht. Das Regime war sicher, dass es mit dem Protest leicht fertigwerden könne.

Syrien erlebt eine Art Abnutzungsaufstand, der sich langsam ausgebreitet hat. Wer die jungen Leute trifft, die die Revolte organisieren und tragen, kann nur beeindruckt sein: von ihrer Fähigkeit, sich trotz der Internet- und Telefonüberwachung durch das Regime quer durchs Land zu koordinieren, und natürlich von ihrem Durchhaltevermögen. Die syrische Revolution war bislang nicht stark genug, um das Regime zu stürzen, aber der Aufstand ist heute lebendiger, und er reicht tiefer in die Gesellschaft als zu Beginn. Die Revolution habe, wie mir einer der Aktivisten sagte, „das Regime, die traditionelle Opposition und auch sich selbst überrascht“.

Das Regime kann nicht mehr gewinnen. Selbst wenn es ihm gelingen würde, die Proteste niederzuschlagen, würde es gleichwohl verlieren: Es hat jede Legitimität verspielt und würde isoliert bleiben. Assad kann allerdings den eigenen Abgang blutig verzögern. Schon in den ersten sechs Monaten sind mindestens 2600 Menschen erschossen oder auf andere Weise umgebracht worden. Und je rücksichtsloser das Regime loyale Einheiten des Militärs und irreguläre Milizen gegen die Hochburgen des Aufstands einsetzt, desto mehr wird man sich darauf einstellen müssen, dass auch der bislang überwiegend friedliche Aufstand militanter wird.

Nach Berichten aus Oppositionskreisen, die sich allerdings nicht überprüfen lassen, haben bis zu 3000 Soldaten „aktiv“ die Seite gewechselt, sind bereit, sich mit ihren Waffen auf die Seite des Aufstands zu stellen. In Homs etwa haben desertierte Militärs begonnen, die Demonstranten zu schützen. Der hohe Blutzoll hat mittlerweile auch bei der Protestbewegung den Ruf nach internationalem Schutz aufkommen lassen. Das lässt die internationale Gemeinschaft einigermaßen ratlos. Im Uno-Sicherheitsrat kommt nicht einmal eine Resolution zustande, die das Blutvergießen verurteilt. Da ist selbst die Arabische Liga weiter.

Welche Möglichkeiten, jenseits von Appellen, verbleiben für Europa? Sanktionen bleiben richtig. Allerdings sollte man sich von ihnen keinen unmittelbaren und direkten Erfolg versprechen. Assad und seine Entourage werden nicht einfach ihre Politik ändern, weil die Europäer ihnen kein Öl mehr abkaufen oder Regimerepräsentanten nicht mehr einreisen lassen. Wichtiger ist hier das Signal an andere: an die noch sehr vielen Unentschiedenen in Regierung, Bürokratie und Militär, die sich nicht sicher sind, ob die USA und Europa nicht doch am Ende bereit sind, wieder mit Assad zu kooperieren. Sie müssen verstehen, dass das Regime international keine Akzeptanz mehr finden wird.

Europäische und andere Staaten können deutlich machen, dass sie Vorbereitungen für den „Tag danach“ unterstützen. Das heißt, mit diversen Oppositionsgruppen zusammenzuarbeiten, die sich im Ausland formieren – und mit Vertretern der Protestbewegung im Innern, ohne diese zu gefährden. Dabei sollte man nicht auf die „Einheit“ der Opposition warten. Es ist nur natürlich, dass in einer Phase des Übergangs verschiedene Gruppen und Koalitionen versuchen, sich in Stellung zu bringen.

Die schwierigste Frage ist, was zu tun ist, wenn das Morden weitergeht. Kein Nato-Staat will einen weiteren Krieg. Aber man sollte sehr vorsichtig sein. Ständige Erklärungen darüber, was die Nato nicht zu tun gedenke, könnten Assad durchaus das Gefühl geben, er könne beliebig schalten und walten.

Die Mitglieder der syrischen Führungselite haben über viele Jahre gelernt, die Zeichensprache ihrer regionalen und internationalen Partner und Gegner zu lesen – nicht immer ganz korrekt, aber recht wirksam in Situationen, in denen nicht direkt und offen kommuniziert wurde. Die Nato – oder einzelne ihrer Mitgliedstaaten – könnten deshalb durchblicken lassen, dass man sich mit Blick auf eine Region solch hoher strategischer Bedeutung auf alle Eventualitäten vorbereite. Der türkische Ministerpräsident Erdogan hat bereits erklärt, dass die Türkei ein zweites „Hama“, also ein Massaker wie das von 1982, nicht zulassen werde.

Zweifellos wird das Nato-Mitglied Türkei keine Invasion nach Syrien beginnen. Aber es wäre kein Fehler, wenn der türkische Generalstab oder die entsprechenden Nato-Stäbe deutlich machten, dass es Planspiele auch für militärische Aktionen weit unter diesem Niveau gibt – gezielte Luftschläge auf Militärflughäfen beispielsweise. Die Botschaft, die Assad und seine Leute verstehen sollten, muss heißen: Sowenig die Nato und ihre Mitgliedstaaten entscheiden wollen, wer in Syrien regiert, so wenig können sie dulden, dass eine Regierung ihre Bevölkerung massakriert. Und deshalb ist bei aller Zurückhaltung keine Option ausgeschlossen.

Der Autor ist Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik. Sie erreichen ihn unter:
gastautor@handelsblatt.com